

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Nachrichten für Stadt und Amt Elsfleth. 1871-1933 1931

11 (24.1.1931)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-887985](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-887985)

Nachrichten

für Stadt und Amt Elsfleth

Die Nachrichten erscheinen jeden Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Im Falle von unerschuldeten Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Zeitung: H. Zirk. Druck und Verlag von E. Zirk.



Anzeigenannahme bis spätestens Montag, Mittwoch, Freitag vormittags 9 Uhr. Größere Anzeigen tags vorher erbeten. Bei gerichtlicher Klage, Konkursverfahren usw. wird etwa bewilligter Rabatt hinfällig.

Fernruf Nr. 90

Der Bezugspreis beträgt mit der Beilage „Heimat und Welt“ für den Monat 1.10 RM ausschließlich Bestellgeld. Anzeigenpreise: Die einpaltige Korpuszeile oder deren Raum 15 Pfg., auswärtig 20 Pfg., Reklamezeile 50 Pfg. Für durch Fernsprecher aufgegebene Anzeigen kein Einpruchrecht.

Schließfach 17

Nr. 11

Elsfleth, Sonnabend, den 24. Januar

1931

Chronik des Tages.

Die Ratöverhandlungen in der Minderheitenfrage sind vorläufig unterbrochen worden. In einer Geheimung wurde über die Einberufung der Abrüstungskonferenz debattiert.

Der deutsche Geschäftsträger in Warschau hat wegen der Grenzverletzung bei Mlynki Protest eingelegt.

Wie verlautet, wird der Vortragende Legationsrat von Wollte nach der Rückkehr des Reichsaussenministers aus Genf als Nachfolger Kaufmann zum Befehlshaber in Polen ernannt werden.

In Klauen erlösch der 58jährige Privatmann Feustel seine 49jährige Ehefrau mit einem Jagdgewehr und verletzte sich dann durch einen Schuß schwer.

Der norwegische Dampfer „Arabal“, der sich auf der Fahrt von Bergen nach Boulogne befand, ist überfällig. Man befürchtet, daß er mit seiner ganzen Mannschaft untergegangen ist.

In ganz Südwesteuropa wütet eine schwere Grippeepidemie. In Südfrankreich mußte der Dienst der Postbeamten bereits von Soldaten übernommen werden.

Bei einer Explosion in dem Bergwerk von Auchengran (Grafschaft Sarant) wurden fünf Arbeiter sofort getötet. Sechs Arbeiter erlitten später an den sich entzündenden Gängen.

Abrechnung mit Polen.

Genf, 23. Januar.

Seit 13 Jahren ist Polen wieder ein unabhängiger Staat, mit einer Bevölkerung, die gut zu einem Drittel nichtpolnisch ist. Man sollte meinen, daß Polen in dieser Zeit Verständnis für die Notwendigkeit der Herstellung erträglicher Beziehungen zwischen Mehrheit und Minderheiten gefunden hätte, zumal die polnische Wirtschaft gerade den Angehörigen der nationalen Minderheiten außerordentlich viel zu verdanken hat. Nichts von dem ist jedoch geschehen. War es in den ersten Jahren nach dem Kriege das Ziel der polnischen Politik, die Deutschen und die Ukrainer von Haus und Hof und über die Grenze zu vertreiben, dann herrscht jetzt das Wachsen und die Minderheiten ihr Volkstum zu wehren oder doch den Mut zur Ablegung nationaler Bekennnisse.

Es ist viel gefändigt worden in Polen. Ueber die internationalen Abmachungen zum Schutze der Minderheiten setzte man sich leichtfertig hinweg. Der Völkerbund war weit, auch fürstete man ihn nicht, der oberste Beamte in Oberschlesien aber, der Wojwode Gracynski, war ein gewalttätiger Feind der Deutschen und wohl der eifrigste Förderer der Ausschließungsmaßnahmen. So ist es gekommen, daß eine Verantwortung nach der anderen über die schuldige deutsche Bevölkerung hinwegbraute, während die polnischen Behörden von all diesen Dingen nichts bemerkten.

Wie saul es mit der polnischen Sache bestellt ist, offenbart deutlich die Art, wie der polnische Außenminister Jaleski in Genf auf die Anklage des deutschen Außenministers Dr. Curtius reagierte. Von dem herausfordernden Ton, der nach den polnischen Anträgen auf die deutschen Beschwerden kennzeichnete, war in Genf nichts mehr zu verspüren. Vor dem Rat war der polnische Wortführer recht kleinlaut geworden. Seine „Erwiderung“ bestand in dem Verlesen einer vorher ausgearbeiteten Erklärung und war ein Gemisch von halben Eingeständnissen, ergänzt durch Bitten um Berücksichtigung mildernder Umstände. Nach dieser Rede zu schließen, ist Polen bereit, die furchtbaren Verbrechen in Oberschlesien und Pommerellen zu sühnen, die Opfer des Terrors zu entschädigen und die dafür Verantwortlichen zu bestrafen.

Nichts wäre jedoch befriedigender, als nun zu glauben, daß Deutschland das Spiel bereits gewonnen hat. Die Rede des deutschen Außenministers mit ihren scharfen Wendungen, der Feststellung der Schuld der polnischen Behörden, der Ablegung des Vergleichs des Wojwoden Gracynski mit dem deutschen Reichspräsidenten als demverfänglich und dem entsetzlichen Hinweis auf die Entschlossenheit Deutschlands zur Verfolgung des unerbittlichen Unrechts an unserer Abgezogenen hat genügt ihren Eindruck in Genf nicht verfehlt, nur dürfen wir über das Echo der Anträge nicht vergessen, daß die Entscheidung nicht im Redewort fällt, sondern in Verhandlungen, die jetzt hinter den Kulissen geführt werden und bei denen Jaleski trotz der Schiedsrichter seiner Sache Frankreichs Beistand widerlich ist.

Die Rede Jaleski freilich hat Polen vollständig verloren, denn kläglicher hat wohl noch kein Minister auf Anklagen von der Schwere der deutschen Minderheitenbeschwerden reagiert, wie sich jetzt Jaleski im Rat aus der Affäre zu ziehen versuchte. Nun kommt es darauf an, daß die deutsche Delegation auch in der Sache Erfolge erzielt. Denn um es nochmals zu sagen: es geht in Genf nicht darum, die Not der Minderheiten in Polen darzutun, sondern es handelt sich ausschließlich darum, durch eine strenge Bestrafung der Schuldigen den Feinden des Deutschlands in und außerhalb der Verwaltung die Lust zu neuen Gewalttaten zu nehmen und den Min-

derheiten verstärkte Garantien für die Durchführung der zu ihrem Schutz ausgearbeiteten Bestimmungen zu verschaffen! Das ist der einzige Maßstab, der deutscherseits an die zu erwartenden Ratsbeschlüsse angelegt werden muß.

Mit bloßen Zusagen allein kann sich die Reichsregierung hier nicht begnügen. Schon jetzt würde es den Minderheiten wesentlich besser gehen, wenn die Paragraphen respektiert würden, deren Inhalt seit langem einen Bestandteil des internationalen Rechts bildet. Sofern also nicht auch personelle Veränderungen eintreten, indem die Männer von der Art des Wojwoden Gracynski, unter deren Augen sich die Greuel in Oberschlesien und der Ukraine abgepielt haben, gemahregelt werden, ist zu befürchten, daß auch die neuen Abmachungen nur auf dem Papier stehen bleiben werden. Deutschland hat aber ein lebenswichtiges Interesse daran, daß der Schutz der Minderheiten in vollem Umfange Wirklichkeit wird, damit die vielen Millionen, die ein grauer „Friedensvertrag“ von ihrem alten Vaterland fortgerissen hat, nicht zum fremden Fremder Verwaltungswillkür und fremder Machtinstinkte werden.

Die Entscheidung in der Minderheitenfrage wird allem Anschein nach etwas auf sich warten lassen. Der Völkerbundsrat hat nämlich die öffentliche Weiterbehandlung der deutschen Anklagen unterbrochen, offenbar deshalb, um inzwischen nach einer Verständigung über die weitere Behandlung dieser Angelegenheiten zu suchen.

Dawes Abrüstungspräsident?

Von Irland vorgeklagt. — Neue Geheimhaltung des Rates. — Polen-Debatte unterbrochen.

Genf, 23. Januar.

Der Völkerbundsrat hielt eine neue Geheimhaltung ab, in der, wie verlautet, über die Einberufung der Abrüstungskonferenz verhandelt worden ist. Eine Einigung über Ort und Zeit dieser Konferenz konnte anscheinend auf dieses Mal wieder nicht erzielt werden. In der Frage des Vorsitzes ist inzwischen infolge einer Wendung eingetreten, als Irland die Wahl des amerikanischen Vorkämpfers in London und früheren Präsidenten der ersten Reparationskonferenz, General Dawes, zum Vorsitzenden der Abrüstungskonferenz angeregt hat.

Wenn auch von einer endgültigen Klärung noch nicht gesprochen werden kann, so gilt doch die insbesondere von den Franzosen befürwortete Kandidatur des schweizerischen Außenministers Dewes allgemein als erschütterter. Fraglich ist nur, ob in der Frage des Präsidenten der Abrüstungskonferenz überhaupt noch im Verlaufe der jetzigen Ratssitzung eine Entscheidung fallen wird. Die Mehrzahl der Delegationen ist nämlich der Ansicht, daß dieser Punkt am besten von der Konferenz selbst entschieden werden kann.

Insichtlich des Konferenzortes schwärmen auch nach der neuen Geheimhaltung die Namen Wien, Paris, San Sebastian und das französischfreundliche Lausanne. Daneben wurde natürlich von bekannter Seite auch wieder für Genf Propaganda gemacht.

In der öffentlichen Sitzung behandelte der Rat eine Anzahl Fragen, die vielfach nur untergeordneter Bedeutung waren. Die Ansprache über die Terrorverbrechen der nationalen Minderheiten Polens, die am ersten Tage Warschau eine diplomatische Niederlage größten Ausmaßes gebracht hat, ist vorläufig unterbrochen worden. Bemerkenswert war eine nochmalige Darlegung des deutschen Vorbehalts in der Angelegenheit der

Angliederung Deutsch-Maafrikas an den britischen Kolonialbesitz

in Maafrika. Bei der Behandlung des Berichtes der Mandatskommission, in dem die Kommission betonte, sie habe in ihrer November-Sitzung zu der Maafrikafrage noch nicht Stellung genommen, weil eine endgültige Entscheidung Englands noch ausstehe, erklärte Reichsaussenminister Dr. Curtius, wenn er den Bericht der Mandatskommission richtig verstanden habe, so habe diese von einer Stellungnahme abgesehen, weil die Demoskripte, die die englische Regierung der Mandatskommission über diese Frage vorgelegt habe, noch nicht die endgültige Entscheidung darstelle, die die britische Regierung, gemäß einem Beschlusse des Völkerbundsrats vom 6. September 1929, dem Räte mitzuteilen verpflichtet ist.

Der erneute Vorbehalt des deutschen Außenministers gegen die britischen Zusammenfassungsläne wurde vom Rat zur Kenntnis genommen.

Ferner besahe sich der Rat in der öffentlichen Sitzung mit der Sklaverei in der Republik V-

beria. Ein Vertreter dieser Republik betonte die Bereitschaft seiner Regierung zur Durchführung der Kommissionsempfehlungen hinsichtlich der vollständigen Reorganisation der inneren Verwaltung.

Auch die Ukraine klagt an.

Etwa hundert Eingaben an den Völkerbund. — Die graumännen Strafexpeditionen.

Die Gewalttaten der polnischen Behörden gegen die ukrainische Minderheit, auf die Reichsminister Dr. Curtius anlässlich seiner Minderheitenrede im Rat hingewiesen hat, bilden den Gegenstand von nicht weniger als ungefähr hundert Eingaben und Beschwerden, die in letzter Zeit im Völkerbundssekretariat eingegangen sind. Von diesen Eingaben hat das Sekretariat bis jetzt neun als zulässig erklärt. Ihre Behandlung dürfte in der Mai-Sitzung des Rates erfolgen.

Inzwischen hat auch die ukrainische Abgeordnete im polnischen Sejm, Milena Kozmitska, im Völkerbundsrat eine Petition über die bekannten Vorgänge in West-Ukrainien eingereicht, die sie im Namen der ukrainischen Frauen zum Gegenstand einer Beschwörung macht und die im einzelnen darlegt, in welcher Weise auch die ukrainischen Abgeordneten mißhandelt worden sind.

Unter den Eingaben, die das Sekretariat für zulässig erklärt hat, befindet sich eine der Senatoren des ukrainischen Klubs im polnischen Sejm, welche ihre Interpellation, die sie im polnischen Sejm eingebracht haben, nunmehr auch in die Form einer Petition beim Völkerbunde gelaufen haben. Die Interpellation ist seinerzeit von der polnischen Presse totgeschwiegen worden, sie besaht sich mit den Vorkäufen, die sich im Zusammenhang mit der „Kazifizierung“ auf dem Gebiete der Wojwodschafen Wemberg, Stanislaus und Tarnopol im September, Oktober und November vorigen Jahres ereignet haben. Die polizeilichen und militärischen Strafexpeditionen, die damals gegen die ukrainische Minderheit durchgeführt wurden, haben in der Weltpresse einen starken Widerhall gefunden. Von diesen Strafexpeditionen heißt es in der Petition, daß sie „die schlimmsten Schreckenslegenden des großen Krieges übersteigen und an die Gräueltaten vergangener Jahrhunderte erinnern“.

In einem außerordentlich umfangreichen Material, das etwa 100 Schreibmaschinenseiten umfaßt, wird nachgewiesen, mit welchen graumännen Mitteln in den einzelnen Bezirken diese Kazifizierungsaktion durchgeführt wurde. Die Petition verlangt eine genaue Untersuchung, Strafverfolgung der Schuldigen sowie Wiedergutmachung der der Bevölkerung zugefügten materiellen und moralischen Schäden. Ferner wird festgesetzt, daß die Autonomie, zu der der polnische Staat verpflichtet ist, auf das größte Verletzt worden ist.

Der Zwischenfall bei Rybnik.

Unverantwortliche Handlung der polnischen Grenzgarison.

Heuten, 23. Januar.

Zu den Meldungen über die Verletzung der deutschen Grenze durch eine Infanterieabteilung der polnischen Garison Rybnik wird jetzt von der polnischen Presse eine „Berichtigung“ gebracht, nach der der Zwischenfall ganz harmloser Natur und von der deutschen Presse tendenziös aufgefaßt worden ist.

Wie dazu von deutscher Seite mitgeteilt wird, ist nach den bisherigen Ermittlungen die Grenzverletzung als solche zwar nicht als schwerwiegender Fall zu beurteilen, da an der betreffenden Stelle die Grenze etwas unübersichtlich eine Gasse überbrückt, so daß ein unbeabsichtigter Übertritt auf deutsches Gebiet möglich gewesen wäre.

Unverantwortlich ist es aber, daß in der angeführten der Verhandlungen in Genf gefassten politischen Lage von der polnischen Garison Rybnik ausgerechnet an der etwa 12 Kilometer entfernten Grenze und in deren unmittelbarer Nähe militärische Übungen abgehalten werden und eine Abstellung von 50 Mann bis unmittelbar an die Grenzlinie selbst herangeführt wird, so daß etwa 20 Mann infolge der Unübersichtlichkeit der Grenzlinie diese bis zu vier Meter — und nicht, wie von polnischer Seite behauptet wird, nur ein oder zwei Schritt — überschreiten konnten. Am übrigen geht mit der polnischen Darstellung in Widerspruch, wonach die polnischen Soldaten lediglich auf einem „Spezialgang“ gewesen seien, daß sie in voller marschmäßigen Ausrüstung waren.

Deutscher Protest-Schritt in Warschau.

Im Auftrage der Reichsregierung hat der deutsche Geschäftsträger in Warschau im vorigen Außenministerium bereits Einspruch gegen diese neue Grenzverletzung erhoben.

Der Genfer Arbeitsplan.

Henderson will bald Schluss machen. Der britische Außenminister Henderson hat in der nichtöffentlichen Ratssitzung am Donnerstagmorgen erklärt, er habe den Wunsch, daß der Völkerbundsrat am Sonnabend seine Tagung abschließen. Henderson möchte rechtzeitig nach London zurückkehren, um bei der Wiedereröffnung des Unterhauses am Dienstag anwesend zu sein. Ob das möglich ist, erscheint aber vorläufig sehr fraglich, da wichtige Punkte der Tagesordnung noch nicht erledigt sind.

Dr. Curtius hat deshalb, wie man hört, in der nichtöffentlichen Sitzung den Vorschlag gemacht, auf die Abwicklung der noch offenen Fragen nicht überhastet werden dürfe. Zwei Fragen, auf deren Behandlung er großen Wert lege, die Beschwärzung des Jüdischen Gesetzes und die Wemelfrage, seien überhaupt noch nicht erörtert worden.

Henderson erklärte darauf seinerseits, daß auch er gegen eine Überhastung der Verhandlungen sei. Zu der oberflächlichen Frage bemerkte er, daß vielfach der Eindruck entstanden sei, daß es sich hier um einen deutsch-polnischen Streit handele. In Wirklichkeit sei es aber eine Frage, die den Völkerbundsrat als solchen angehe, und er erklärte, daß er gegebenenfalls in dieser Frage selbst eingreifen werde, um die direkte Verantwortlichkeit des Rates festzustellen, wenn der Berichterstatter Yoshizawa-Japan bei seinem Bericht auf Schwächen hinweise.

Außer diesem Bericht steht noch der Bericht über die Sklaverei in Liberia aus, den der polnische Außenminister Jaleski zu erstatten hat. Um den Berichterstatter die Möglichkeit zu geben, ihren Bericht vorzubereiten, hat deshalb der Rat beschloffen, heute vormittag keine öffentliche Sitzung abzuhalten.

Der Rat hat in seiner nichtöffentlichen Nachmittagsitzung den Präsidenten und die übrigen Mitglieder der Regierungskommission des Saargebietes, deren Amtszeit im Januar abgelaufen ist, neu bestätigt. Der Präsident des Statistischen Reichsamtes in Berlin, Professor Bagemann, wurde in das Komitee der statistischen Sachverständigen des Völkerbundes gewählt.

Beilage zu einer deutschen Zeitung wegen Veröffentlichung der Curtius-Rede.

Wie aus Posen gemeldet wird, ist dort auf Anordnung des polnischen Polizeidirektors Drost das „Posener Tageblatt“, eines der größten deutschen Zeitungen im Korridor, wegen Veröffentlichung eines Auszugs aus der Curtius-Rede vor dem Rat beschlagnahmt worden. Um eine neue Beschlagnahme und eine neue wirtschaftliche Schädigung — die Druckerei lag während der Beschlagnahme Wochen hindurch still — zu vermeiden, hat sich das Blatt dieser Gewalttat gefügt und auf die Veröffentlichung der für die Minderheiten besorgenen Curtius-Rede verzichtet.

Wenn auch die übrigen Blätter in Posen die Rede des deutschen Außenministers bringen dürfen, so zeigt doch diese Maßnahme erneut, wie willkürlich die polnische Verwaltung mit der Minderheit umspringt.

Ei, der Tausend!

„Goldmacherei“ aus Idealismus.

Bei seiner weiteren Vernehmung im Goldmacherprozess befandete der Zeuge Menhardt u. a., daß man Tausend wohl nicht den Vorwurf der Gewinnlust machen könne. Er, der Zeuge, habe jedenfalls den Eindruck gehabt, daß es Tausend sehr lieb gewesen wäre, wenn die ganze Goldfrage aus Reich übergegangen wäre. Ein kapitalistisches Unternehmen zu gründen, sei nicht beabsichtigt gewesen.

Man sei vielmehr von idealistischen Gedanken ausgegangen und habe immer in Erwägung gezogen, wie man durch Ausnutzung des Verfallsens dem ganzen deutschen Volke helfen könne. Es sei wohl mehr die Pflicht gewesen, den Kapitalismus zu schwächen als zu fördern.

Es habe damals eine große Begeisterung geherrscht, da man an ein baldiges glänzendes Ergebnis glaubte. Das Tausend selber innerlich an diesen Plänen und Ideen teilgenommen habe, bezweifelt der Zeuge.

Mag auch die Liebe weinen...

Roman von Fr. Lehne.

92. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.) Sechzehn Jahre sind eine lange Zeit und jedes Jahr in Arbeit und Sorge und immer ruhelosem Leid verbracht, die Jahren doppelt vom Leben — die lassen frühzeitig altern und das Haar erbleichen, die nehmen unarmherzig Frauenlichkeit und Ammut hinweg. Mit diesem Schmerz sah Ottomar Altwörden, was aus seinem „Gnabenschild“, seiner Wadonna, geworden — durch seine Schuld. Aber noch immer lag eine Hohlheit über dieser Frauengestalt, eine Würde, die für einen Königshofen gepaßt hätte.

Sie standen sich gegenüber und sahen sich an, ohne ein Wort zu finden. Sahen sich an, als ob einer des anderen Seele ergründen wollte — da endlich trachtete er ihr die Hände entgegen, und in erstarrten Lauten rang es sich von seinen Lippen:

„Maria, kannst du mir vergeben?“

Und da hatte Maria beim Ton der eifrigsten geliebten Stimme alles vergessen, was sie ihm hatte sagen wollen; was sie sich oftmals ausgedacht, wenn das Leben sie noch einmal zusammenführen sollte. Sie hatte ihre Vorwürfe, ihren Groll, ihren Kummer und ihre Sorgen vergessen, in der verzehrenden Weibesliebe, in dem Mitleid, das ihr Herz so ganz erfüllte beim Anblick des müden Mannes, dessen Antlitz deutliche Spuren davon zeigte, daß auch er durch Leid und Enttäuschungen gegangen...

Wäre er im Glück gekommen, als ein Sieger und Befreier, als ein Gläubiger, so wäre ihr wohl das befreiende Wort, nach dem er dürstete, nicht so leicht vom Munde geflossen als jetzt, da er als ein Bittender vor ihr stand und auf ihre Vergebung wartete — wie ein Verurteilter, der auf Gnade hofft.

Mit ihren kinden Frauenhänden faßte sie die seinen.

Justizdebatte im Hauptausschuß.

Staatssekretär Joel über die Auswirkung der Amnestiegesetze.

Der Hauptausschuß des Reichstags, in dem es am Mittwoch zu einem Konflikt zwischen Sozialdemokraten und Nationalsozialisten gekommen war, führte die Aussprache über den Justizausbau zum Abschluß. Im Verlaufe der Debatte nahm auch Staatssekretär Joel das Wort. Redner wandte sich vor allem gegen den kommunikativen Antrag auf Verlegung eines neuen Gesetzes über Gewährung von Strafreifeit. Wöllig verfehlt sei die Darstellung, daß sich die Amnestien einseitig zugunsten von rechts und zu ungunsten von links ausgewirkt hätten. Von insgesamt 35 Fällen beträfen 18 die Linkstreifen und 14 die Rechtstreifen. Durch Niederschlagung seien von insgesamt 30 Fällen 14 aus Linkstreifen, 10 aus Rechtstreifen und 6 Verfahren gegen Separatisten amnestiert worden.

Ferner freiste der Staatssekretär noch die Frage der Mündelkinder. Nach der gegenwärtigen Rechtslage entfalle über die Verleitung der Mündelkinder ausschließlich der Reichsrat. Auf Grund der praktischen Erfahrung bestehe Anlaß, die Frage zu prüfen, ob es sich nicht empfehle, die Rechtslage dahin zu ändern, daß die Mündelkinder nur im Einvernehmen mit der Reichsregierung verurteilt werden dürfe.

Als nächster Etat kommt jetzt der Haushalts des Reichsverteidigungsministeriums an die Reihe.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 23. Januar 1931.

— Nach langem und qualvollem Weiden starb in Berlin der frühere preussische Zentrumabgeordnete, Regierungs- und Schularzt Adolf Gottwald.

— Generalkonjunktur von Weinsick, der Umstand bisher in Neuburg vertreten hat, hat seine Amtstätigkeit beendet und die Heimreise nach Deutschland angetreten.

— Über 200 Kriegsteilnehmer im Reichstag. Nach einer vom Deutschen Offiziersbund veröffentlichten Zusammenstellung befinden sich unter den 577 Reichstagsabgeordneten 24 ehemalige aktive Offiziere, 54 Offiziere des Beurlaubtenstandes und 158 Kriegsteilnehmer, die nicht Offiziere gewesen sind.

— Auf offener Straße erschossen. In Köln wurde der 30jährige Monteure Hoefel auf offener Straße durch einen Herzschock getötet. Hoefel war Mitglied der Kommunistischen Partei. Die Polizei verhaftete vier Nationalsozialisten. Die Verhafteten verweigerten sich entschieden dagegen, auf Hoefel geschossen zu haben.

— Protestkundgebung der Heidelberger Studenten. Auf dem Universitätsplatz in Heidelberg protestierte die Studentenschaft gegen die vom badiischen Kultusministerium verfügte Auflösung des Allgemeinen Studentenausschusses. Als die Polizei gegen die Studentenschaft vorging, kam es zu heftigen Zusammenstößen.

Rundschau im Auslande.

— Auf Grund einer neuen Verfügung des spanischen Königs zählt das spanische Heer einschließlich der Offiziere fortan 121 612 Mann plus 51 165 Mann des Marinekorps.

— Der ehemalige amerikanische Gesandte in China, Charles Crane, ist von der chinesischen Regierung ehrenhalber zu ihrem Ratgeber ernannt worden.

Politischer Strafverfall in Indien?

— Meldungen aus Indien zufolge erwägt der Vizekönig im Zusammenhang mit dem Abschluß der englisch-indischen Konferenz die Möglichkeit eines Strafverfalls zu Gunsten der politischen Gefangenen.

Näherung der Einwanderung um 94 Prozent.

— Das Staatsdepartement der Vereinigten Staaten gibt bekannt, daß aus den Ländern, die quotenmäßig zur Einwanderung zugelassen sind, im vergangenen Dezember nur 780 Einwanderer zugelassen worden seien gegenüber 944 im letzten November oder 12 915 weniger, als nach dem Quotengesetz hätte einwandern können, wenn nicht durch die seit einigen Monaten eingeführte strenge Prüfung aller Anträge die Zahl so erheblich verringert worden wäre. Man schätzt, daß beim Ende des Jahres, also Ende Juni 1931, die quotenmäßige Einwanderung für das ganze Jahr um 135 000 Personen oder 94 Prozent gegenüber dem vorigen Jahre zurückblieben wird.

„Ja, Ottomar, ich habe dir vergeben.“

Diebreich beugte sie sich über den Mann, der vor ihr niederknien war und sein Gesicht auf ihre Hände gelegt hatte — die heißen Tropfen, die sie darauf fühlte, waren die größte Genugtuung ihres Lebens...

Und sie dachte daran, daß dieser Mann ihr einst das Rechte auf der Welt gewesen — und daß er der Vater ihrer Kinder war!

Die Starrheit ihrer Jüge hatte sich gelöst; ein weicher, freundiger Glanz breitete sich darüber — wie nichts und löschte ihr doch aller Haß und Groll — und wie süß ist das Vergessen...

Es lag Weib über dieser Stunde, welche zwei Menschen nach langer Trennung wieder zusammengeführt hatte — zwei Menschen, die von Anfang an einander gehörten.

Die Worte fehlten ihnen, um auszusprechen, was sie bewegte, was über sie hinweggegangen war... Hand in Hand standen sie und erwarteten den Sohn.

Erich wurde bleich vor innerer Erregung, als er die beiden so sah. Etwas Erregenes lag über ihnen — Wie verflärt erschien ihm das Antlitz der Mutter, fremd und überirdisch schön!

„Bist du zufrieden, mein Sohn?“

Er beugte sich über ihre Hand und küßte sie. Es lag ihm etwas im Halbe, das ihm am Strehen hinderte — es war mächtiger als er, es überwältigte ihn. Er brach in lautes Weinen aus, er, der niemals geweint hatte, selbst damals nicht, als ihm der größte Schmerz seines Lebens wurde.

Und dann saßen sie und sprachen von Lore und Ottomar Altwörden Augen leuchteten glücklich, daß diese holde Mädchenblüte, die er immer schon wie eine Tochter geliebt, wirklich seine Tochter war. Ihr Anblick habe ihn ständig an die Vergangenheit gemahnt, sagte er, so groß sei die Ähnlichkeit mit Maria gewesen, daß er nicht mehr zur Ruhe gekommen sei; immer

Aus Stadt und Land.

* Reisendes Gold. Ein neuer großer russischer Goldtransport hat auf dem Wege von Moskau nach Berlin in Riga passiert. Die Sendung traf in Riga in einem russischen Salomagen ein, in dem im Inneren eine große Stahlkammer eingebaut war. Unter strengster Bewachung wurde auf dem Rigaer Bahnhof bei der Fernhaltung des Publikums das Gold aus dem russischen Wagen in einen deutschen Wagen geladen und dieser dann von der Berliner Zug angehängt.

* Dieser des Verurteilten. Der Spezialarzt Dr. med. Oscar Bartels in Eschwege bei Kassel hatte sich kürzlich im Krankenhaus bei der Behandlung eines an typhus erkrankten Patienten eine geringfügige Hautverletzung zugezogen. Er kam darauf kam, daß es sich um eine Infektion handele, hatte die Verletzung ein wenig so hässliche Ausdehnung angenommen, daß der Arzt innerhalb kurzer Zeit starb.

* Silbernes Jubiläum der Rheinfurterbahn. Die von Köln nach Bonn führende Rheinfurterbahn konnte dieser Tage das Fest ihres 25jährigen Bestehens feiern. Aus den kleinsten Anfängen heraus hat sich die Bahn zu einem modernen Verkehrsmittel entwickelt. Die Zahl der beförderten Personen stieg von 1,6 Millionen im Jahr der Gründungsjahre auf 4,8 Millionen im Jahre 1929.

* Dr. Ehrhardt Oberbürgermeister von Mainz. In Mainz wurde der bisherige Bürgermeister Dr. Ehrhardt mit 36 Stimmen zum Nachfolger des Oberbürgermeisters Klüß gewählt. 27 Stimmen waren auf demselben Abgeordneten Dr. Kraus entfallen. Fünf Stadträte hatten sich der Stimme enthalten. Die Gesamtzahl der künftigen Oberbürgermeister wird um 5000 Mark gekürzt worden und werden 22 160 Mark jährlich bestritten werden.

* Gehaltsförmung in der Rheinindustrie. Bei der in Kottweil in Württemberg vor dem vereinbarten Schlichtungsausschuß unter Vorsitz von Landgerichtsrat Endris abgehaltenen Gehaltsverhandlungen der deutschen Rheinindustrie wurde einstimmig ein Gehaltsanspruch gestellt, der die Verhältniszahl des bisherigen Gehaltsstufens von 218 auf 209 Mark herabsetzte. Er hält unter 125 Mark sind ausgenommen. Die Regelung entspricht einer Gehaltsförmung von etwa vier Prozent.

* Generaldirektor Dr. Heinsheimer. In München ist der Dr.-Ing. Otto Heinsheimer, Generaldirektor der Oesterreichischen Eisenbahnverkehrsanstalt, plötzlich einem Schlaganfall erlegen. Heinsheimer war ein der bestbekanntesten Persönlichkeiten der österreichischen Verkehrswirtschaft und war u. a. auch im Verwaltungsrat der Berliner Eisenbahnverkehrsmittel-Gesellschaft.

* Bettler mit Auto. In einer dänischen Kleinstadt beobachtete man, wie ein Kopenhagen besuchter Mann zwei Männer, die im eigenen Auto mit Chauffeur anfahren und sich in die Häuser begaben, um zu betteln. Sicherlich haben sie eine außerordentlich gute Einnahme gehabt, denn die Kleinstädter sind bekanntlich als gut situiert und freigebig. Als die Bettler beim schließlich entdeckt wurden, flüchten sie rasch in das Unschick und verschwanden schleunigst. Die guten Kleinstädter waren über die Freiheit so verblüfft, daß sie hinter nicht einmal die Nummer des Autos merkten.

* Zugunfall in Ostbergschlesien. Ein wagnisches Chorow Komender Güterzug fuhr auf dem Bahnhofsgeleise Siemianowicz einem zweiten Güterzug in die Quere. Eine Lokomotive und fünf Wagen wurden vollkommene Trümmer, zehn weitere Wagen stark beschädigt. Dem Begleitpersonal gelang es, sich durch die Abbringen rechtzeitig in Sicherheit zu bringen.

* Vor der Ausperrung im Wiener Gewerbe. In Wien sind die beschlossenen Personen einer Kündigung im Gewerbe, Geschäftsbüro und bei den Konditionen durchgeführt worden. Diese Kündigung ist lebensfähig, so daß die Sperrung der Betriebe erst am Mittwoch nächster Woche erfolgen würde. Die Kündigungen sind etwa 3500 Angestellte betroffen.

* Die Tragödie des Alltags. In Budapest ist der Kommandeur Josef Resnay in seiner Wohnung von einem Mordanschlag seiner beiden Kinder den Tod durchschritten und dann sich selbst schwere Schnittwunden am Hals beigebracht. Die beiden Kinder sind durch den Mordanschlag lebensgefährlich verletzt und im Krankenhaus gebracht.

habe er gefürcht und gegrübelt, habe sie nach ihrer Angehörigen getragen — und immer mehr habe sich der Gedanke in ihm gebildet, Lore Berger müsse seine Tochter sein — er sei nicht mehr losgeronnen davon. Und als erste Spur, die ihn vielleicht zu seiner Frau hinführen könnte, habe er die Herkunft der jungen Herrscherin seiner Kinder nachforschen wollen! Da sie dann Rüdigers Telegramm gekommen: Maria und die Kinder der gefunden.

Ein warnender Blick Erichs ließ ihn von dem Thema Rüdiger abbrechen; noch war es nicht an der Zeit, dabei länger zu verweilen. Und Ottomar Altwörden verstand.

Er hielt Erichs Hand; er konnte sich nicht satt sehen über er.

„Und du willst ein Weib nehmen, mein Sohn? Gott soll vornehmen, schönes Mädchen liebt dich — ich habe deinen Brief an meinen Bruder gelesen. Ich weiß, wie du lagte er zu Maria, daß und warum die Eltern die Tochter eines Weibes eine Braut mit unserem Erich nicht zulassen wollten. An dir, Maria, liegt es nun, dieses Hindernis zu beseitigen; willst du mir die Hand zum neuen Weib geben? Ich bin als ein freier Mann zu dir gekommen, um dir das zu geben, was ich dir damals als ungeliebter Verlobter versagte — und mit deiner Einwilligung verheiratet du unsern Sohn das Glück nach dem er verlangt.“

Eine glühende Rote überzog ihr Antlitz, das dann wieder erstarrend blank wurde. Sie schüttelte den Kopf und hob abwehrend die Hand.

„Nein, Ottomar! Der Gedanke ist mir nie gekommen, men, nie mehr, und jetzt ersöhne es mir abgemacht. Ich habe nur für meine Kinder gehofft und gewünscht, daß sie ihre Rechte würden. An mich und mein Glück habe ich nie gedacht! Nur, daß du doch ein wenig leicht Erich und Lori adoptieren würdest! Erich hat mich manchmal unter diesen Umständen gelitten. Lori hat es ja nicht anders gewußt.“

(Fortsetzung folgt.)

Tätigkeitsbericht der Post.

Verlangsamung der Nationalisierung. — Bisher 85 Millionen Mark Einnahmehausfall.

In einem Tätigkeitsbericht für 1930, der von dem Reichspostsekretär Dr. Meißner geleitet worden ist, wird ausgeführt, die katastrophale Verschlechterung der deutschen Wirtschaftslage habe die Post zur Verlangsamung der Nationalisierung und zur Zurückstellung aller Maßnahmen veranlaßt, die die Arbeitslosigkeit hätten heilern können.

Um den auf eine regionale Verteilung der Aufträge hinzujehenden Wünschen möglichst nachkommen zu können, seien die Auslieferungstermine der Länder und die Landesanstalten mehr als bisher bei der Auftragsverteilung berücksichtigt worden. Die Vorkontrollen der wirtschaftlichen Berücksichtigung des deutschen Ostens sowie des ehemals besetzten und der sonstigen Grenzgebiete seien durch Vergebung namhafter Aufträge unterstützt worden.

Die Verkehrsentwicklung sei durch die anhaltende Niederlage der Wirtschaft ungünstig beeinflusst worden. Während der Gesamtverkehr in den Monaten April und Mai 1930 gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres noch eine kleine Steigerung aufwies, lagen in den letzten Monaten des Jahres die Verkehrsleistungen in fast allen Betriebszweigen unter denen des Vorjahres. Nur im September wurde der Vorjahresverkehr etwa erreicht. Besonders hohe Rückgänge zeigten die Pakete, Wertsendungen und Telegramme.

Die Einnahmen sind in der Zeit von April bis Dezember 1930 mit 1654,9 Millionen Mark um 85 Millionen Mark hinter dem Voranschlag zurückgeblieben.

Aus Nah und Fern

Mitteilungen und Berichte über örtliche Verhältnisse sind der Schriftleitung stets willkommen.

Eststetsh, den 24. Januar 1931

Tagesbeiger

U-Ausgang: 8 Uhr 26 Min. U-Untergang: 4 Uhr 53 Min.
Sonnwasser:
5.45 Uhr Vorm. — 6.14 Uhr Nachm.
25. Januar: 6.18 Uhr Vorm. — 6.51 Uhr Nachm.
26. Januar: 6.56 Uhr Vorm. — 7.31 Uhr Nachm.

* „Schulschiff Deutschland“ ist am 20. Januar wohlbehalten in Beniccola angekommen und wird am 24. Januar nach Havanna weiter segeln.
* Schulschiff „Großherzogin Elisabeth“ ist am 21. Januar wohlbehalten in St. Helena eingetroffen und hat am 23. Januar die Heimreise nach der Weser angetreten.

* Die Dvols-Västspiele zeigen Sonnabend und Sonntag Pat und Patagon in dem lustigen Film „Die Filmhelden“. Pat und Patagon versuchen, beim Film unterzukommen. Der Direktor der Filmgesellschaft hat eben die beiden Schauspieler Will und Bob entlassen, weil er gemerkt hat, daß sie mit seinen Töchtern flirteten. Er engagiert an deren Stelle Pat und Patagon, die nun die Hauptrollen in seiner neuesten Filmtragödie spielen sollen. Pat und Patagon, „die alles können“, abgeraten bei den Film-Aufnahmen in die schwierigsten Situationen, aus denen sie sich mit ihrer Groteskkomik immer wieder freigeht herausziehen. Somit ist es nicht weiter verurteilbar, daß aus einem Drama mit diesen beiden Darstellern — ein Lustspiel wird. Eskaufführung — Sieg auf der ganzen Linie — Bombenerfolg! In seiner Freude willigt der Filmbetrieb sogar in die Verlobung einer Tochter mit Will und Bob ein. Pat und Patagon aber sind gemachte Leute! — Außerdem gelang zur Vorführung: „Der Held aller Mädchenräume“ mit Harry Hebble. — Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Jugendvorstellung.

* In der letzten Vorstandssitzung des Radio-Klubs wurden fast ausschließlich nur Störungsfragen behandelt. Die Störungen haben in letzter Zeit wieder überhand genommen und zwar vornehmlich in der Mühlentstraße, dann aber auch in der Beyerstraße und Deich-Friedrichs-Engel-Straße. Hervorgehoben werden die Störungen durch Heilgeräte. Vermutlich sind diejenigen Personen, die sich erst in letzter Zeit ein solches Gerät zugekauft haben, über die Verfügung des Stadtmagistrats vom 9. Juli 1930 (siehe Eststetsh Nachrichten), nach der jedes Gerät beim Stadtmagistrat anzumelden ist und ohne Störungsschutz nicht gebraucht werden darf, nicht unterrichtet. Festgestellt ist ein Störer in der Mühlentstraße, der die Verfügung nicht beachtet hat, andere Feststellungen werden folgen. Von dem technischen Berater wurde besonders hervorgehoben, daß die Wirkung eines Heilgerätes bei Anwendung des Störungsschutzes größer ist, als wenn das Gerät ohne Störungsschutz gebraucht wird. Angeregt wurde noch die Beschaffung eines Störungsschutzgerätes. Da der Verein nur über geringe Mittel verfügt, soll versucht werden, die Mitglieder zu einer freiwilligen Beigabe zur Beschaffung eines Störungsschutzgerätes zu bewegen. Der Verein erst im Besitz eines solches Gerätes, dann werden die schwerwiegenden Feststellungen der Störer vorzulegen, dann ist die Störer sofort zu ermitteln.

* Zu der Hauptversammlung des Kriegerevereins am 11. Januar hatten die Mitglieder sich recht zahlreich eingefunden. Der Vorsitzende eröffnete die Versammlung mit einem herzlichen Willkommensgruß. Zur Annahme erschienen und einstimmig aufgenommen wurden zwei Kameraden. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde der Kameraden gedacht, die uns im vergangenen Jahre durch Tod nahm, und einen Augenblick stillen Gedankens erweist. Die Neujahrsbeschlüsse des Präsidiums des Reichsbundes sowie des Bundespräsidenten des Oldenburger Kameraderbundes wurden bekannt gegeben. Die Vorschläge wurden mit dem ersten Verle des Deutschlanddeies. Der Vorstand vom ersten Schriftführer verlesene Jahresbericht zeigte, daß der Verein im vergangenen Jahre ganze Arbeit getan und im Sinne der Bewegung tatkräftig gewirkt hat. Es wurde dem ersten Führer aufgestellten Rassenbericht hervorgehoben, daß der Verein auch in finanzieller Hinsicht einwandfrei abgibt. Die Rechnungsprüfer bekundeten die Richtigkeit des Abschusses, worauf dem Rassenführer mit dem Danke für die musterzügliche Arbeit Entlastung erteilt wurde. Zum Punkt Vorstandswahl brachte die

Verammlung den Vorschlag, den bisherigen Vorstand um die Weiterführung der Geschäfte zu ersuchen. Dieser nahm, mit Ausnahme des zweiten Schriftführers, die Wiederwahl an. Für den Ausschreibenden wurde Kamerad Joh. Bengen einstimmig gewählt. Das bisherige Vereinslot wird beibehalten. Eine längere Aussprache bedingte die Beitragsfrage. Es wurde beschloßen, den bisher gezahlten Beitrag wieder zu geben. Kameraden, die zeitweise oder ganz ohne Entkommen sind, können Antrag auf Ermäßigung stellen. Von der Abhaltung einer Festlichkeit in diesem Frühjahr wird Abstand genommen. Dagegen fand der Antrag auf einen Sommerausflug allgemeinen Beifall. Als Ausflugsort wurde die Porta Westfalica vorgeschlagen. Um einen recht billigen Preis für die Fahrt mit einem Sonderzuge herauszuholen, ist eine große Beteiligung erforderlich. Die Vereine unserer Stadt sowie die Bundesvereine der Umgegend werden zur Teilnahme aufgefordert. Die endgültige Regelung wird dem Vorstand überlassen. Die Weihnachtsfeier und Verlosung am 28. Dezember ist nach allen Seiten zufriedenstellend ausgefallen und soll im bisherigen Rahmen beibehalten werden. Der Verkauf der Lose soll besser organisiert werden. Zur Frage der Jugendgruppe nahm der Führer derselben, Kamerad Hüben, das Wort. Aus dem Bericht ging hervor, daß die Gruppe im vergangenen Jahre einen kräftigen Aufschwung genommen hat. Der Verein hat jetzt eine Jugendgruppe, die sich gut neben denen anderer Vereine sehen lassen kann. Der Führer bemängelt es, daß die Mitglieder des Vereins sich bei den Übungen zu wenig zeigen lassen und bittet, öfters daran teil zu nehmen. Der Voranschlag für die Jugendgruppe wurde einstimmig genehmigt. Der erste Vorsitzende machte sodann bekannt, daß am 17. Januar die vaterländischen Verbände einen Fackelzug zur Feier der 60. Wiederkehr der Reichsgründung veranstalten. Die anwesenden Kameraden wurden aufgefordert, hieran recht zahlreich teilzunehmen und nicht anmelde Kameraden zur Teilnahme aufzufordern. Unter Verschiedenes wurde bekannt gemacht, daß die Gesellschaften herausgegeben sind. Interessierte Kameraden können dieselben beim Verein anfordern. Das zum ersten Mal in neuer Aufmachung erscheinende Bundesblatt wurde besprochen und fand allgemeinen Anklang. Da mehrere Kameraden es für sich beziehen wollen, muß in Zukunft eine größere Anzahl derselben bezogen werden. Für die Februar-Versammlung wurde ein Ausmarsch nach Vienen festgesetzt und als Versammlungsort der Saal des Kameraden Hüfelter gewählt. Die März-Versammlung findet in Neuenfelde beim Kameraden Wragge statt. Der vom Eststetsher Kriegereverein im vergangenen Jahre gestellte Antrag, das Bundesfest nach Eststetsh zu legen, soll in diesem Jahre zum Vertretertage in Westerstede wiederholt werden. Mit der Aufforderung an die Versammelten, auch im kommenden Vereinsjahr recht tatkräftig mitzuarbeiten im Sinne unseres Bundes schloß der Versammlungsleiter um 10.45 Uhr die Versammlung.

* Wo bin mit dem Sohn und der Tochter? Otern steht vor der Tür, und damit werden manche Eltern vor die schwierige Frage gestellt, was sie mit ihren Kindern, die zu diesem Termin aus der Schule entlassen werden, anfangen sollen. Ueberall herrscht Ueberfüllung. Vor jedem Berufe wird gewarnt. Trotzdem ist die Lage nicht hoffnungslos. Bis jetzt ist es noch immer so gewesen, daß tüchtige und strebende Leute ihr Unterkommen gefunden haben. Es muß vor allen Dingen dringend davor gewarnt werden, das Kind in einen Beruf zu drängen, zu dem es keine Neigung hat und in dem es daher nur Mittelmaßes leisten wird. Gute Kenntnisse und gründliche Vorbildung sind immer die besten Voraussetzungen für das Vorwärtkommen. Den Eltern muß dringend geraten werden, ihre Kinder möglichst lange an der Schule zu lassen, zumal sich die Verhältnisse in den nächsten Jahren weiter klären werden. Für Volksschüler, die das Ziel ihrer Schule erreicht haben, ist die Aufbauschule in Oldenburg, die leider noch viel zu wenig bekannt ist, der gebene Anschluß. Sie vermittelt dieselben Berechtigungen wie die übrigen höheren Schulen und erschließt den Zugang zu sämtlichen Berufen, vor allen Dingen auch zu dem Beruf des Volksschullehrers, der das Neuzugnis zur Voraussetzung hat. Bei ihrem verfristeten Lehrgang von nur 6 Jahren verlangt die Schule zwar gute Begabung und ernste Strebsamkeit; sie ist aber unter diesen Voraussetzungen auch nicht zu schwer.

* Oldenburg und das Steuerereineheitlichungsgezet. Das durch die Reichsnotverordnung für 1932 erlassene Steuerereineheitlichungsgezet, bringt für Oldenburg wesentliche Änderungen. In der letzten Handelskammeritzung des vergangenen Jahres wurde bereits von Steuerhnditus Metasch auf die Tatsache hingewiesen, daß nach den ersten Nachprüfungen der Auswertung, sich für die oldenburgischen Gewerbesteuerzahler eine Verschlechterung, d. h. eine Erhöhung ihrer Gesamtsteuer in den untersten Einkommens- und Gewerbesteuer ergibt. Die „Norddeutsche Handelszeitung“ hat in einer ihren letzten Nummern bereits eine Ueberfahrt über die Auswirkungen bei einzelnen Steuerzahlern gegeben, die die Ausführungen Metaschs bestätigten. Im übrigen ist durch die Durchführung der Einheitssteuer in der Landwirtschaft im Gegenatz zum Gewerbe, wahrscheinlich ein Steueranfall für die Länder zu erwarten, für den das Reich eine Gesamtschuldigungssumme von 20 Millionen eingelegt hat. Diese Summe wird entsprechend dem Charakter der Einheitssteuer bei der Landwirtschaft auf Grund der Bodenfläche verteilt. Auf Oldenburg entfällt eine Entschuldigunssumme von rund 275 000 RM für das Jahr 1932.

* Nach einer Veröffentlichung des Statistischen Landesamtes wurden am 1. Dezember 1930 im Freistaat Oldenburg 77 191 (1929: 77 159; 1912: 72 996) Haushaltungen mit Viehhaltung gezählt. In einzelnen ergab die Zählung im Freistaat Oldenburg: Pferde 52 684 (53 706 bzw. 49 264); Rindvieh 378 184 (363 031 bzw. 328 970); Schweine 622 998 (570 013 bzw. 489 561); Schafe 19 213 (15 682 bzw. 47 621).

* Nordenham. In der „Friedeburg“ trat der Stadtrat zum vierten Male zu einer Sitzung zusammen, die den zahlreich erschienenen Zuschauern den Eindruck vermittelte, daß auf beiden Seiten der starke Wille zur fruchtbar

Arbeit vorhanden ist. Der wichtigste Punkt der Tagesordnung war die Vorlage über die Einführung einer Bürger- und Viehsteuer. Bürgermeister Lehmann entrollte ein trauriges Bild von der Arbeitslosigkeit und ihrer Einwirkung auf die städtischen Finanzen. Um die zu zahlenden Beträge erschwigen zu können, müsse eine neue Steuerquelle verschafft werden. Die Stadt erhoffe dadurch eine Mehreinnahme von etwa 80 000 RM. Der Vertreter der Wiken erklärte, daß man diese Steuer wegen ihres unsozialen Charakters ablehnen müsse. Im Interesse des Stadthaushalts und der Erwerbslosigkeit stimmten sie für die Vorlage. Der Kommunist erklärte sich dagegen. Mit 17:1 Stimmen kam die Vorlage unter Dach und Fach. Die weiteren Punkte der Tagesordnung betrafen Wahlen, die rasch erledigt werden konnten und bei denen man feststellen konnte, daß man bemüht ist, die tiefen Differenzen, die sich in den vorausgehenden Sitzungen zeigten, aus der Welt zu schaffen.

* Oldenburg, 22. Januar 1931. Zentralviehmarkt. Amtlicher Marktbericht. Ferkel- und Schweinemarkt. Auftrieb: insgesamt 1144 Tiere, nämlich 1042 Ferkel und 102 Käuferferkel.

Es folgten das Stück der Durchschnittsqualität:
Ferkel, bis 6 Wochen alt 14—16 RM
Ferkel, 6—8 Wochen alt 16—20 "
Ferkel, 8—10 Wochen alt 20—26 "
Käuferferkel, 3—4 Monate alt 31—38 "
Käuferferkel, 4—6 Monate alt 38—45 "
Größere Käuferferkel entsprechend teurer. Beste Tiere aller Gattungen wurden über, geringere unter Notiz bezahlt. Marktverlauf: Langsam.

* Oldenburg. Erst vor einigen Jahren wurde der städtische Schlachthof den an ihn gestellten Verhältnissen entsprechend, aus- und umgebaut. Besonders die Kühlanlagen und die Kühlräume und die Halle für die Schlachtung des Großviehs war neu hergerichtet worden. Jetzt erwies sich aber die Schweinefleischhalle als ungenügend und man ging deshalb daran, sie zu vergrößern und einwandfrei umzubauen. Es waren zu dem Zwecke vom Stadtrat 200 000 RM bewilligt worden. Mit diesem Gelde ist eine Anlage geschaffen, die zu den modernsten in Deutschland auf diesem Gebiete gehört. Es ist nicht nur möglich, daß jetzt täglich bis zu 500 Schweine geschlachtet werden können, sondern die ganze Anlage ist hygienisch einwandfrei, sparsam und rentabel eingerichtet. Statt Dampfmaschinen und Kesselbetrieb bedient man sich des billigeren elektrischen Stromes, der auch zur Verdünnung der Tiere vor der Schlachtung angewendet wird. Die neue Anlage macht einen überaus gebienden und lauberen Eindruck. Sie wird voraussichtlich allen Anforderungen genügen, so daß an eine Vergrößerung für die nächste Zukunft nicht gedacht werden braucht.

* Oldenburg. Oldenburgische Landesynode. Die 6. und zugleich letzte Gesamtsitzung befahte sich, nachdem der Gesammtentwurf betr. Organisation und Kirchengemeindebeamte endgültig verabschiedet war, nochmals und zwar in 2. Lesung mit der Gehaltskürzung. In 1. Lesung war eine solche von 10 % für die Pfarrer und Kirchenbeamten beschlossen worden. Bei dieser Abstimmung hatten sich die Mitglieder der Synode, so weit sie Pastoren sind, nicht beteiligt. Hier war offenbar ein Versehen unterlaufen. Wie auch der Berichtsfatter der Mehrheit ausführt, entscheidet über Ausgabes allerdings die engere Synode (ohne die Geistlichen). In diesem Falle handelt es sich aber nicht um eine Ausgabe, sondern um eine Ersparnis, also eine Einnahme. Darüber hat aber, wie auch die juristischen Mitglieder des Oberkirchenrats bereits in der früheren Sitzung betont, die ganze Synode zu befinden. Eine so vorgenommene Abstimmung ergab eine Mehrheit von 28 gegen 24 Stimmen für die prozentige Kürzung. Diese war damit angenommen. Die Landesynode wurde darauf verlagt.

* Wildeshausen. In der benachbarten Wirtschaft Alerte kam vor etwa zwei Monaten dem Landwirt Vogel aus dem verflorenen Gehäusant ein Betrag von 450 RM abhanden und vor 14 Tagen verschwanden auf dieselbe Weise 90 RM. Der Älter mußte mit den häuslichen Verhältnissen bekannt sein. Aber er wurde nicht entdeckt. Vor einigen Tagen schloß in dem Gehäusant wiederum ein 100-RM-Schein und der Besohlene erstattete nummehr Anzeige. Die Polizei stellte Nachforschungen an, wobei ein früherer Knecht, der seit dem 1. September v. J. anderweitig in demselben Dorfe bedienstet ist, in Verdacht geriet. Er bestritt die Tat. Es konnte jedoch festgestellt werden, daß er in Wildeshausen bei dem Kauf einer Wäse einer 100-RM-Schein hatte wechseln lassen. Nummehr gefand er alle drei Diebstähle ein. Der Älter ein früherer Fürtorgezählung im Alter von 20 Jahren, hatte gewußt, wo der Besitzer die Schlüssel zum Gehäusant liegen hatte. In seinem Besitz befanden sich noch 58 RM, die er auf der Hille versteckt hatte.

* Lönigen. Der Buchhalter Hans Holzentamp aus Wehta war mit einem Betrag von 2000 RM, den er der Firma, für die er beschäftigt war, entwendet hatte, nach Köln geflohen. Von dort schrieb er einen Brief an die Firma, worin er die Tat bekennt. Er fuhr dann aber noch nach Münden und wurde dort von der Polizei verhaftet. In der Verhandlung vor Gericht machte er einen niedergeschlagenen Eindruck und gab an, die Unterschlagung in einem beunruhigenden Zustand begangen zu haben. Er wurde zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Unterschlagung wird nicht angerechnet.

Doof-Briketts „GN“

Ein Produkt von hervorragender Heizkraft, das von allen Hausfrauen wegen seines handlichen Formates, sparsamer Verbrennung und weil kohlehaltend, lange im Feuer liegend, sehr geschätzt ist, sind die Doof-Briketts „GN“. Auch weil die Qualität dieser Briketts stets gleichmäßig gut und die Preßung eine sehr feste ist, wird das GN-Brikett überall gern gekauft. Der Bezug durch die Kohlenhändler kann daher nur empfohlen werden. Wir verweisen auf das heutige Inserat.

*** Wefermünde.** Für den vom Magistrat ausgeschriebenen Posten des befohlenen Senators — es handelt sich um die Stelle des ausgeschiedenen Bürgermeisters Peterhoff — sind nicht weniger als 103 Bewerbungen aus allen Teilen des Reiches eingegangen. Unter ihnen befinden sich auch drei Bewerber aus den Unterweserstädten.

*** Emden.** An der Umflagstelle Erz- und Eisenkai im Neuen Hafen ereignete sich ein schwerer Unfall. Der 17jährige Lehrling Heinrich Riesberg war beauftragt worden, den Stromuniformer für einen Schweißapparat einzustellen. Dabei geriet aus noch unbekanntem Umständen das ganze Gehäuse des Uniformers unter Strom (220 Volt). Riesberg wurde durch den Strom bekübt. Sofort angeordnete Wiederbelebungsversuche, die mittels eines Sauerstoffapparates eine Stunde lang durchgeführt wurden, hatten leider keinen Erfolg. Der Arzt des Krankenhauses konnte nur noch den Tod des jungen Mannes feststellen. Kriminalpolizei und Gewerberat beaufsichtigten die Unfallstelle.

*** Elisabethfehn.** Eine Selbsttat vollbrachte hier der Kaufmann Friedrich Holzgänger jun. Als ein Reisender, der hier übernachtete, mit seinem Auto wieder die Garage verlassen wollte, fuhr er infolge eines Mißgriffs (er zog nämlich den Gashebel statt der Bremse) rückwärts in den Kanal. Nur einige Zentimeter des Verdecks schauten noch aus dem Wasser heraus. Der schnell zur Hilfe herbeigerufenen Gastwirt D. H. jr. sprang, ohne weiter zu zögern, in den Kanal, zertrümmerte die Autoscheiben und zog unter größter Anstrengung den Reisenden, welcher sich in einer sehr schwierigen Situation befand, aus dem Auto und brachte ihn an Land. Ein hinzugekommener Arbeiter

belegte sich im letzten Augenblick noch am Rettungswerk, dem Herrn H.'s Kräfte hätten unter den schweren Anstrengungen nachgelassen. Er mußte noch ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen, da er sich beim Zerklagen der Fenstergehäube wesentliche Schnittwunden an Händen und Armen zugezogen hatte.

*** Ösnabrück.** Die Polizei nahm hier mehrere Personen fest, welche falsche Fünfmarkstücke in erheblicher Zahl vorausgabten. Die Festgenommenen sind nachweislich vor einigen Tagen von auswärts zugereist lediglich zu dem Zweck, um das Falschgeld hier in Umlauf zu bringen. Eine größere Menge Falschgeld wurde noch im Besitz der Festgenommenen vorgefunden und beschlagnahmt. Die geführten Ermittlungen haben einwandfrei ergeben, daß das Falschgeld nicht in Ösnabrück hergestellt ist. Erkennlich sind die Falschstücke hauptsächlich an der mangelhaften Riffelung und an der verhältnismäßig hellen Färbung. Auch im Gewicht sind sie leichter als die echten.

*** Stade.** Einen neuen raffinierten Schwindlertrick ist ein Stader Elektriker zum Opfer gefallen. Der Meister hatte bei einer Hamburger Firma eine Warenbestellung gemacht und erhielt bei der Lieferung einen Posten Ware, den er gar nicht bestellt hatte. Gleichzeitig wurde aus Hamburg telefonisch bei ihm angeregt, daß die Mehrlieferung verkehrtlich erfolgt sei und durch einen Angestellten sofort wieder abgeholt werden würde. Tatsächlich erschien dann auch bald ein junger Mann und holte die nichtbestellten Waren wieder ab. Erst später trat zu Tage, daß ein raffinierter Schwindler mit einem neuen Trick gearbeitet hatte. Dem Schwindler war bekannt geworden,

daß der Meister der Hamburger Firma einen Auftrag erteilt hatte. Er rief die Hamburger Firma unter dem Namen des Stader Meisters an und machte eine Bestellung, die er der Lieferung bezupacken bat. So nun die Lieferung angekommen sein konnte, erfolgte Auftrag bei dem Empfänger, diesmal unter dem Namen der Hamburger Lieferfirma und es wurde mitgeteilt, verkehrtlich eine andere Lieferung beigegeben worden. Ein Angestellter sei auf dem Wege nach Stade, um zwei gelieferten Sachen wieder abzuholen.

*** Buxtehude.** Im sogenannten Totengraben weit der Eifenbahn in Buxtehude wurden die Leiche eines pensionierten Briefträgers M. und seiner 50jährigen Tochter aufgefunden. Es handelt sich zweifellos um Selbstmord. M. hatte, wie es heißt, in der Vorwoche bei zwei Särge bestellt.

*** Minden (Wefer).** Der frühere deutsche Seefahrer Erich Lubendorf hat in dem 297 Einwohner zählenden Dörchen Seelenfeld sich zwischen Eimengräbern in die Erde einen kleinen Friedhof bestellt, der für ihn, die Gattin und die Gemeinde Seelenfeld, die fast vollständig der Lubendorfforganisation „Tannenbergsbund“ angehörend bestimmt ist. Die Grabstelle ist nun fertiggestellt.

*** Hildesheim.** Die Pastorswitwe Sophie Pöhl die am 22. März v. J. 100 Jahre alt wurde und ihrem Ehrentage von weiten Kreisen, u. a. auch durch Ueberreichung der Ehrentafel von der preussischen Regierung geehrt wurde, ist jetzt entschlafen. Sie war älteste Einwohnerin der Stadt Hildesheim.

Viehläuse

mit Brut tötet unter Garantie **Dr. Brensteins** verstärktes Insektentpulver. Es gibt nichts Besseres; achten Sie auf die Packung! Zu haben in **Eisfleth: Drogerie C. W. Rohrmann**

Die sparsame Hausfrau fordert das kohlehaltende Brikett



besten, billigsten Brandstoffs zu haben bei den Kohlenhändlern

Heute letzter Tag

des Inventur-Ausverkaufs

Nützen Sie die Gelegenheit noch aus Auf alle Ware 10 Prozent Rabatt

Th. von Freeden

20-30 Fiehmern prima Dachreit

zu kaufen gesucht

Roggen- und Haferstroh

zu verkaufen

Heinr. Ostendorf, Paradies b. Altenhutorf

Kirchliche Nachrichten.

Sonntag, den 25. Januar

10 Uhr: Gottesdienst

Danach: Kinder-Gottesdienst

Donnerstag, abends 8 Uhr,

Bibelstunde

Deutsch-christlicher Jugendbund.

Sonntag 8 Uhr: Jungmännerbund.

Mittwoch, 8 Uhr: Jungmädchenbund.

Freitag, 8 Uhr: Nähabend.

Prima fettes Kalbfleisch

**Blutwurst
Grützbraten
Würstchen**

Hans Baumeister

Empfehle

prima fettes

Kalbfleisch

Pfund 1.20 und 1.30 RM

W. Seiker, Telefon 208

Freiwillige

Feuerwehr

des Eisflether

Turnerbundes

Mittwoch, den 28. Jan., 20 Uhr:

Uebung

der gesamten Wehr mit Ein-
schluß des Zuges Neuenfelde

Fehlende werden gebücht

Der Hauptmann

Zwangsvorsteigerung

Heute, Sonnabend, nachm. 4 Uhr, gelangen in August Gasthaus:

- 1 Grammophon mit 5 Platten
- 2 Peddigrohrstessel
- 2 Korbstühle
- 1 Rauchtisch
- 2 Nachttische (ungestrichen)
- 2 Bettstellen (ungestrichen)
- 1 klein. eich. Bücherschrank
- 1 neuer Ausziehtisch
- 2 neue Nachtschränke und
- 1 neue Kredenz

gegen Barzahlung zur Versteigerung.

Eisfleth, d. 23. Januar 1931

Wilkens,

Obergerichtsvollzieher.

Mein Kapital ist mein ge-
sundes u. fröh-
liches Vieh! Das verdiente
ich einzig und
allein dem seit
1886 unbes-
tritten erfolg-
reichsten
Angeler ob.
Saturper

Viehwaschpulver

Für trockene Behandlung verwendet
ich nur noch das

Saturper Viehwaschpulver

Zu haben in der

Apotheke Eisfleth

„Stedinger Hof“

Sonntag, den 25. Januar

Großer Ball

Es ladet freundlichst ein

R. Peterek

Verein der Freunde der Seefahrtsschule Eisfleth

Oeffentl. Vortrags-Abend

Dienstag, den 27. Jan. 1931, pünktl. abds. 8 1/2 Uhr, im „Tivoli“

Physiker Wilhelm Pauck, Berlin-Steglitz

Dozent der Humboldt-Hochschule Berlin

Experimental-Vortrag

Zwei Stunden physikalisch-technische Sensationen

Die Saalkarten werden pünktlich um 8 1/2 Uhr geschlossen.

Die Mitgliedsarten bitten wir am Eingang vorzuzeigen.

Eintrittskarten für die Schüler der Seefahrtsschule, wie der städtischen Schulen sind gegen ein Eintrittsgeld von 50 Pfsg. am Saaleingang zu lösen. Karten für Nichtmitglieder kosten 1.50 RM. Es wird gebeten nicht zu rauchen.

Stadtmagistrat

Eisfleth, den 21. Jan. 1931

Zwangsvorverkauf

Sonnabend, d. 24. d. M., 16 Uhr, soll im „Tivoli“

- 1 Sofa Tisch
- 3 Sofas
- 1 Wanduhr
- 1 Sessel und
- 1 Küchenschrank

Öffentlich meistbietend gegen Barzahlung verkauft werden
Chlers



Mittwoch, den 28. Jan., 20 Uhr, nach der Uebung:

Haupt-Versammlung

in Geislers Gasthaus.

Tagessordnung:

1. Erstattung des Jahresberichts
2. Rechnungsablage 1930 und Vorschlag 1931
3. Ehrung von Kameraden
4. Verschiedenes

Fehlende werden gebücht

Der Vorstand

Der Stahlhelm Bund der Frontsoldaten

Ortsgruppe Eisfleth

7.30 Uhr vorm.

ANTRETEN

bei Krufe

Hude

Sonntag, den 25. Januar

Tanzkränzchen

Erstklassige Musik

Es ladet freundlichst ein

K. Wachtendorf

Baugewerkschule

Oldenburg i. S.

Ausbildung für Staats- und Privatdienst

Beginn des Sommer-Semesters: 9. April 1931

Druckschriften kostenlos durch Direktor P.

Städtische

Staat

Staat